



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Einführung eines bundesweiten Böllerverbots

Aktuell seit 24.06.2026 15:56:26

Angegeben von:

[innn.it e.V. \(R001798\)](#) am 10.02.2025

Beschreibung:

Das Regelungsvorhaben zielt auf die Einführung eines bundesweiten Verbots von Feuerwerkskörpern (umgangssprachlich „Bölller“) ab, wie in der Petition [innn.it/boellerverbot](#) gefordert.

Betroffene Interessenbereiche (4)

Klimaschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [\[alle RV hierzu\]](#)

Tierschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

Verbraucherschutz [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffene Bundesgesetze (1)

[SprengV 1](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Aufträge zu diesem RV (1)

1. Auftrag

Im Auftrag der Gewerkschaft der Polizei Berlin wurde deren bundesweite Petition für ein generelles Böllerverbot im Privatbereich verbreitet. Ziel ist, politische Entscheidungsträger: innen auf Bundes- und Landesebene zum Handeln zu bewegen, um Einsatzkräfte von Polizei und Feuerwehr besser zu schützen. Die beauftragte Interessenvertretung umfasst das Erstellen der Petition, Öffentlichkeitsarbeit zur Mobilisierung, Presseansprache,

Kampagnenkommunikation, zielgerichtete Ansprache politischer Akteur:innen sowie ggf. die Übergabe der Petition. Die Kampagne fordert gesetzliche Regelungen zum Verbot von privatem Feuerwerksverkauf und -einsatz.

Auftraggeber/-innen (1):

1. Gewerkschaft der Polizei Berlin

Eingetragener Verein (e. V.)

Kontaktdaten:

Adresse:

Kurfürstenstr. 112

10787 Berlin

Deutschland

Telefonnummer: +490302100040

E-Mail-Adressen:

gdp-berlin@gdp-berlin.de

Webseiten:

<https://www.gdp.de/berlin/de/>

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Benjamin Jendro

Funktion: Pressesprecher

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (5):

Betraute Personen (5):

1. Sebastian Schütz

2. Michel Arriens

3. Carlotta Eisele

4. Celina Ponz

5. Gregor Hackmack

Funktion: Vorstand